

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 104

JANUAR 2013

TERMINE

28. - 30.01.2013

Konferenz „NS-Euthanasie- Verbrechen in europäischer Perspektive“
Kleisthaus, Mauerstr.

30.01. 15.00 Uhr

Kranzniederlegung Gedenkort T4,
Tiergartenstr. 04,
10785 Berlin

29.01. 10.30 Uhr

Preisverleihung „Großer Stern des Sports“ für gesellschaftliches Engagement im Vereinssport

31.01. 12 Uhr

„Aktion Rote Hand“ der Kinderkommission des Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten

01.02. 14 - 16 Uhr

Öffentliche Anhörung zur Heidelberger Studie über die Lebenssituation Contergangeschädigter, Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101

02.02. 10 - 15 Uhr

Vertreterversammlung DIE LINKE
Görlitz, Schulstraße 8

06.02. 18 Uhr

„Barrierefreiheit in der Kommune“
Bildungsveranstaltung Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V. „Das Mali“ Marienthaler Str. 164b, Zwickau



Liebe Leserin, lieber Leser,

es war kalt während der Liebkecht-Luxemburg-Demo in Friedrichsfelde. Dafür war der Jahresauftakt der LINKEN in der Berliner Volksbühne umso heißer. Leider reichte die Hitze nicht, den Eispanzer des Totschweigens in Niedersachsen aufzutauen.

Die BRD braucht ein soziales Gewissen im Deutschen Bundestag. Diese Aufgabe und die des Friedenswächters nimmt DIE LINKE in der Opposition immer besser wahr.

Die UN-Behindertenrechtskonvention bleibt Richtschnur meines Engagements auf diesem Gebiet. Am 1. Februar findet – nicht zuletzt auf unser Drängen – eine Öffentliche Anhörung zur Verbesserung der Situation der Contergan-

Opfer statt. Am 25. Februar steht der Antrag der LINKEN „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung“, [Drs.-Nr.17/9758](#), zur Anhörung. Am 20. März wird unser [Antrag zur inklusiven Bildung](#) auf einer öffentlichen Anhörung diskutiert.

Wenn im Herbst der Bundestag neu gewählt wird, kann DIE LINKE auf behindertenpolitischem Gebiet auf zahlreiche parlamentarische Aktivitäten verweisen, mit denen sie die Debatte wesentlich befruchtete.

Ich wünsche Ihnen und Euch – uns allen – ein erfolgreiches Jahr 2013.

Euer/Ihr

Gute Arbeit für Alle!

Es ändert sich seit Jahren nichts: die Barrieren für Menschen mit Behinderung, reguläre Arbeit zu finden, werden nicht abgebaut. Wenn auch die Zahl schwerbehinderter Menschen in Beschäftigung die Millionengrenze überschritten hat, steigen Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenquote unter ihnen seit 2009 wieder an; im Jahr 2011 sogar um 2,8%. Dennoch schließt die Bundesregierung ernsthafte Gesetzesvorhaben aus. Sie setzt weiter auf die Freiwilligkeit von Unternehmen. Verschärft wird die Lage durch die Kürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Um 22% sank die Teilnehmerzahl an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für schwerbehinderte Menschen! Seit Mai 2012 liegt dazu der [Antrag der Fraktion DIE LINKE](#) „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung“ auf dem Tisch. Im Juni 2012 folgte die [SPD mit einem Antrag](#).

Die Opposition erwirkte eine öffentliche [Anhörung](#) am 25. Februar 2013 in der Zeit von 14 bis 16 Uhr im Reichstag, Saal 3S001. Wer teilnehmen möchte, meldet sich bitte im Sekretariat des Ausschusses für Arbeit und Soziales bis zum 18. Februar per e-mail an: arbeitundsoziales@bundestag.de. Je mehr Betroffene dabei sind, umso deutlicher wird der hohe Handlungsbedarf.

soke



DIE LINKE auch 2013 auf der GRÜNEN WOCHE Foto: A. Nowak

Bundesminister Ramsauer beugt Bundesrecht

Seit dem 26. März ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht. Dies wird vom für Bauen und Verkehr zuständigen Minister Dr. Peter Ramsauer (CSU) in einer kaum zu überbietenden Unverfrorenheit permanent ignoriert. Aktuelle Beispiele sind die Antworten auf zwei Anfragen des Abgeordneten Ilja Seifert am 16. Januar 2013.

Ilja Seifert wollte wissen, bei welchen Maßnahmen aus den Infrastrukturbeschleunigungsprogrammen 1 und 2 sowie bei den Programmen zur Städtebauförderung 2013 die Schaffung von Barrierefreiheit ausdrückliches Ziel und zwingende Voraussetzung für die Ausreichung der Mittel ist und in welcher Weise Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen an den Entscheidungen darüber beteiligt waren. Die Antworten zu beiden Förderprogrammen: Die Schaffung von Barrierefreiheit ist keine zwingende Voraussetzung für die Ausreichung der Bundesmittel. Menschen mit Behinderung und deren Organisationen wurden nicht unmittelbar beteiligt.

André Nowak

UN-BRK, Artikel 4 „Allgemeine Verpflichtungen“

(3) Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenen Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein.

Ohne Barrierefreiheit keine kulturelle Teilhabe

„Auch Gehbehinderte kommen jetzt wieder in die Gedenkstätte Sonnenstein. Dank politischem Druck“. So beginnt die Sächsische Zeitung eine erfreuliche Berichterstattung über die Einweihung des instandgesetzten Fahrstuhls an der Außenfassade der Gedenkstätte Sonnenstein am 13. Dezember vergangenen Jahres.

Nach monatelangem Ringen um die erforderlichen Finanzmittel von 60.000 Euro trug dann überwiegend der Staat Sachsen die Kosten.



Foto: Rene Senenko

Das ist in hohem Maße ein politischer Erfolg des Engagements von Ilja Seifert. Nach vielen technischen Problemen fiel der erst im Jahr 2000 für gehbehinderte Besucher gebaute Außenfahrstuhl endlich komplett aus. Menschen im Rollstuhl konnten die Gedenkstätte nun gar nicht mehr besuchen. Diese Tatsache machte Ilja Seifert, selbst Rollstuhlfahrer, im Sommer 2011 öffentlich. Für ihn war es „pervers“, dass ausgerechnet Menschen mit Behinderungen jene Stätte nicht besuchen konnten, in der an die Krankenmorde der Nazis erinnert wird. Prominent waren die Gäste zur Wiedereröffnung. Pirnas Oberbürgermeister, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Wichtiger wäre jedoch, Reparaturzeiten an technischen Einrichtungen für behinderte Menschen generell zu verkürzen. Das erfordert dauerhafte Sensibilität für Barrierefreiheit im Alltag: bei kommunalen Entscheidungsträgern ebenso wie bei Mitarbeitern in Einrichtungen. Deshalb mahnt Ilja Seifert im Bundestag und im Wahlkreis immer wieder konkrete Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung über die UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit an.

soke

In Kürze

Zitiert:

Wer Antifaschisten einsperrt, sollte sich überlegen, in welcher Tradition er steht.

Ilja Seifert am 21. Januar 2013 in Solidarität mit Genossen Tim H., der wegen seiner Beteiligung an der Anti-Nazi-Blockade im Januar 2011 in Dresden zu einer Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt wurde.

*

[Plenarrede](#) von Ilja Seifert zur Kindergeldabzweigung am 16.01.2013

*

[Antwort](#) der Bundesregierung auf die mündliche Frage von Ilja Seifert am 16. 01. 2013 zur Barrierefreiheit als Kriterium zur Ausreichung von Bundesmitteln

*

[Antwort](#) der Bundesregierung auf die schriftliche Frage von Ilja Seifert am 07.01.2013 zur Umsetzung der Forderungen des Europäischen Behinderntenparlaments

*

[Antwort](#) der Bundesregierung vom 27. 12. 2012 auf die schriftliche Frage von Ilja Seifert zur Barrierefreiheit in Wohnungen und Gebäuden

*

Wortmeldung zu den [Vorschlägen](#) der BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ für das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE

*

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 22772176

E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Schulstr. 8

02826 Görlitz

Tel.: 03581 661050

E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss: 22. 01. 2013

Redaktion: S. Kemnitz